

„Gernsbacher Revolutionäre- Umsturz um jeden Preis?“ So lautete das Thema des Vortrags am 16. Januar 2024 im Rahmen der Vortragsreihe „175 Jahre Badische Revolution“ im Kornhaus Gernsbach. Zunächst gab die Referentin einen Überblick über die Vorgeschichte.

In der Französischen Revolution von 1789 wurden zum ersten Mal zukunftsweisende Vorstellungen aus der Aufklärung staatlich verwirklicht: Gleichberechtigung, unveräußerliche Grundrechte, politische Mitbestimmung, Volkssouveränität und eine diese Werte garantierende Verfassung – diese Ideen wurden dauerhaft in den Köpfen der Menschen verankert und schufen Standards, hinter die sich die Entwicklung nicht mehr dauerhaft zurückdrehen ließ.

Napoleon gab diesen Ideen einen rechtlichen Rahmen in seinem Code Civil oder Code Napoléon. Diese Rechtskodifikation, die eine transparente Rechtsprechung auf der Grundlage der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz schuf, bedeutete einen enormen Modernisierungsschub für Europa. In Baden wurde der Code Civil 1807 im Badischen Landrecht übernommen, was auch für das Großherzogtum Baden eine Modernisierung des Rechtswesens mit sich brachte.

Nach dem Sieg über Napoleon wurde Europa neu geordnet. Unter maßgeblicher Führung des österreichischen Staatskanzlers Metternich entstand 1815 der Deutsche Bund. 37 deutsche Fürsten und 4 Städte vereinigten sich zu einem Staatenbund, dessen Zentrale (der Bundestag, bestehend aus den Gesandten der einzelnen Staaten) in Frankfurt am Main saß und dessen Zweck es war, nach außen Angriffe gemeinsam abzuwehren und nach innen die alten dynastischen Ordnungen zu erhalten. Die Deutschen hatten seit den Befreiungskriegen gegen Napoleon ein Nationalbewusstsein entwickelt und wollten einen deutschen Einheitsstaat auf der Grundlage von Grundrechten und einer Verfassung. Die Fürsten versprachen ihren Untertanen zwar Verfassungen, aber in den größten deutschen Staaten, nämlich Preußen und Österreich, wurden diese Versprechen nicht verwirklicht.

Andere Staaten erhielten früher eine Verfassung wie zum Beispiel Baden. Als Verbündeter Napoleons war die ehemals kleine Markgrafschaft (3.900 qkm) auf einen Mittelstaat von 14.000 qkm gewachsen. Der Markgraf avancierte zum Großherzog. Die Bevölkerung wuchs von 165.000 auf über eine Million Einwohner, die zum größten Teil vorher die Untertanen anderer Fürsten und Herren gewesen waren. Die 1818 vom Großherzog gewährte Verfassung sollte dabei helfen, die heterogene Bevölkerung zu einem Staatsvolk zusammenzuschweißen. Die Verfassung gewährte dem Volk bzw. seinen Abgeordneten eine gewisse Mitwirkung, war aber von einer parlamentarischen Verfassung noch weit entfernt. Zudem beruhte sie auf einem Missverständnis: Die Konservativen sahen darin einen Endpunkt der liberalen Entwicklung, die Liberalen sahen darin den Anfang einer Entwicklung hin zu mehr Mitbestimmung.

Zwischen 1815 und 1847 nahm in den deutschen Einzelstaaten der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Freiheit, politischer Mitbestimmung und deutscher Einheit mehr und mehr zu. Dagegen wurde die Repression des Deutschen Bundes unter Führung Metternichs immer weiter verstärkt. Der Deutsche Bund entwickelte sich zu einem Überwachungs-, Bespitzelungs- und Polizeistaat mit einer drückenden Pressezensur, die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich war. Die Situation glich einem Pulverfass, es fehlte nur noch die Lunte.

Die Explosion wurde durch die Revolution im Februar 1848 in Paris ausgelöst. Die Pariser gingen auf die Barrikaden und riefen die Republik aus. Der König musste fliehen. Die Revolution breitete sich im Deutschen Bund wie ein Flächenbrand aus. Die Menschen gingen überall auf die Straße, versammelten sich und forderten endlich die ihnen so lange vorenthaltenen Grundrechte, darunter Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Volksbewaffnung und eine unabhängige Rechtsprechung. Die Fürsten fürchteten um ihre Throne, gaben den Forderungen nach, beriefen liberale Ministerien und ließen es zu, dass ein deutsches Parlament gewählt wurde, das in der Frankfurter Paulskirche zwischen Mai 1848 und März 1849 Grundrechte und eine Verfassung für ein geeintes deutsches Reich ausarbeitete.

Da in der Paulskirche mehrere politische Richtungen vertreten waren (darunter Anhänger der konstitutionellen Monarchie und der Republik) kam eine Reichsverfassung heraus, die ein gewähltes Parlament auf der Basis der Volkssouveränität vorsah und gleichzeitig als Oberhaupt des Reiches einen Erbkaiser. Dieser Erbkaiser sollte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen werden.

Der König von Preußen lehnte die Krone und die Reichsverfassung aber ab. Er fühlte sich von Gottes Gnaden und konnte eine Krone vom Parlament nicht annehmen. Auch Sachsen, Hannover und Bayern lehnen die Reichsverfassung ab. Die meisten Abgeordneten der Nationalversammlung wussten nicht mehr weiter. Viele reisen ab. Oder wurden von ihren Fürsten abberufen (obwohl sie ja von ihren Mitbürgern gewählt waren!). Die ganze Reichsverfassung mitsamt den Grundrechten drohte auf dem Müllhaufen der Geschichte zu landen.

Viele Menschen wollten das verhindern. Es kam zu einer Welle von Aufständen zur Durchsetzung der Reichsverfassung (als Reichsverfassungskampagne bezeichnet). Auch in Baden, obwohl Großherzog Leopold am 4. Mai 1849 die Reichsverfassung anerkannt und am 9. Mai im Regierungsblatt hatte veröffentlichen lassen. Allerdings bestanden Zweifel, ob der Großherzog und seine Regierung sich gegen den Druck Preußens durchsetzen können oder überhaupt wollen! Die Bevölkerung wollte sich die Verfassung und die mittlerweile fast als sakrosankt betrachteten Grundrechte aber nicht so einfach wieder wegnehmen lassen!

Die in vielen Gruppen landesweit organisierten Volksvereine übernahmen nun die Initiative. In Offenburg trafen sich am 12. Mai 1849 die Delegierten des Landesausschuss der Volksvereine (der Gernsbacher Ratsschreiber Raphael Weil war einer der Delegierten) und fassten Beschlüsse, die am 13. Mai in einer etwa 35000 Menschen umfassenden Volksversammlung gebilligt und rasch als Flugblatt gedruckt wurden. An dieser Volksversammlung nahmen auch Gernsbacher teil. Die erste Forderung lautete: „Die Regierung muss die Reichsverfassung ...unbedingt anerkennen und mit der ganzen bewaffneten Macht ... unterstützen.“

Seit dem 12. Mai stand die bewaffnete Macht im Großherzogtum Baden auf Seiten des Volkes. Die größte Garnison in Rastatt hatte sich der Bewegung für die Reichsverfassung angeschlossen. Am 13. meuterten auch die Truppen in Karlsruhe. In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai floh der Großherzog zunächst über den Rhein und schließlich in die preußische Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz. Auch seine Minister flüchteten oder waren nicht auffindbar. Baden war ohne Regierung.

Am 14. Mai lud der Gemeinderat Karlsruhe den Landesausschuss der badischen Volksvereine ein, nach Karlsruhe zu kommen und die Regierung zu übernehmen. Diese Regierung war revolutionär, da sie nicht vom Großherzog ernannt, aber auch nicht vom Volk gewählt war. Daher nannte sie sich „provisorische Regierung“.

In die Amtsbezirke schickte die provisorische Regierung Zivilkommissare, die dort für die Durchsetzung ihrer Politik sorgen sollten. Nach Gernsbach kehrte Raphael Weil als Zivilkommissar zurück. Er ernannte den Gemeinderat und den praktischen Arzt Franz Kürzel zum „vorläufigen Centralausschuss für das Murgtal“. Damit waren Bürgermeister, Gemeinderäte (8) und Dr. Kürzel zu Organen der revolutionären Regierung geworden.

Die provisorische Regierung konnte sich vom 14. Mai bis Ende Juni 1849 halten. Ab Ende Mai/Anfang Juni rückten preußische und andere Reichstruppen in Baden ein und schlugen die Bewegung für die Reichsverfassung blutig nieder. Die Truppen der Aufständischen versuchten nach einer Niederlage bei Waghäusel am 21. Juni noch eine Front an der Murg aufzubauen, was aber scheiterte. Das letzte entscheidende Gefecht fand am 29. Juni 1849 in Gernsbach statt. Am 23. Juli war die Revolution in Baden mit der Übergabe der Festung Rastatt beendet.

Lage in Gernsbach am Vorabend der Revolution

Die Stadtbevölkerung war, ähnlich wie die Frankfurter Paulskirche, in zwei verfeindete Lager gespalten. Auf der einen Seite standen die Reaktionäre, Konservativen, gemäßigt Liberalen und Konstitutionellen, auf der anderen Seite die fortschrittlich Liberalen, Demokraten und Republikaner (auch „die Linken“ genannt). Die Reaktionäre (hauptsächlich Beamte) waren dem

Großherzog und seinem Regime treu ergeben. Sie lehnen jegliche politische Mitbestimmung des Volkes ab.

Die Konservativen/Konstitutionellen/gemäßigt Liberalen akzeptierten ein gewisses Maß an Mitwirkung, wenn die Macht des Fürsten nicht zu sehr beschränkt wurde. Falls der Großherzog die Reichsverfassung ablehnte, wollte diese Gruppe nichts unternehmen, sondern bei der alten Ordnung bleiben.

Die fortschrittlich Liberalen, Demokraten und Republikaner wollten die Reichsverfassung, die Grundrechte und die politische Mitbestimmung des Volkes aufgrund der Volkssouveränität. Fernziel war für viele die Republik. Aber auch diese Gruppe wollte ihre Ziele lieber im Zusammenwirken MIT dem Großherzog umsetzen. Sie war bereit, den Großherzog als konstitutionellen Fürsten zu akzeptieren. Nur wenn der Großherzog alles ablehnte, war diese Gruppe, zumindest theoretisch, bereit, Gewalt anzuwenden.

Die Gernsbacher „Revolutionäre“, die nachfolgend vorgestellt werden, gehören alle der letzten Gruppe an. Ihre Beteiligung an den Vorgängen während der Revolution in Baden zwischen dem 14. Mai und 29. Juni 1849 wird beleuchtet anhand ihrer nachfolgenden Verurteilung durch das badische Hof- und Oberhofgericht wegen Hochverrats.